Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6546**

16. Wahlperiode 28. 09. 2007

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Axel Troost, Dr. Barbara Höll, Dr. Herbert Schui und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/6347 –

Hinweise des Internationalen Währungsfonds auf Risiken im US-Subprime-Hypothekenmarkt

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat im Global Financial Stability Report, April 2006 S. 61, seine Zweifel daran ausgedrückt, dass alle Investoren umfassende Kenntnis darüber haben, wie sich das Risikoprofil strukturierter Kreditprodukte von dem Risikoprofil einer Unternehmensanleihe mit gleichem Rating unterscheidet. Der IWF hat im Global Financial Stability Report, April 2007 S. 2, darauf hingewiesen, dass sich die Kreditqualität im US-Subprime-Sektor schneller als erwartet verschlechtert habe und dies Folgen für die Märkte für strukturierte Kreditprodukte haben könnte. Darüber hinaus lagen dem IWF offenbar Hinweise darauf vor, dass (aus US-Sicht) ausländische Investoren in signifikantem Ausmaß in relativ riskanten „Collateralized Debt Obligations“ engagiert waren und so Risiko begrenzende Regulierungen des Auslands umgangen wurden (S. 10).

1. Welche Informationen hatten das Bundesministerium der Finanzen und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im April 2006 und im April 2007 über den Kenntnisstand der Investoren in Deutschland bezüglich unterschiedlicher Risikoprofile gleich gearteter Finanzprodukte?

Das Bundesministerium der Finanzen und die BaFin haben keine näheren Erkenntnisse über den allgemeinen Kenntnisstand der Investoren in Deutschland bezüglich unterschiedlicher Risikoprofile gleich gerateter Finanzprodukte.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 27. September 2007 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Was hat die BaFin seit April 2006 unternommen, um sicherzustellen, dass alle Investoren eine umfassende Kenntnis über diese Unterschiede erlangen?

   Wie bewertet das Bundesministerium der Finanzen rückblickend die diesbezüglichen Kenntnisse der Investoren?

   Wie haben sich die Hinweise des IWF in der Prüfungspraxis der BaFin niedergeschlagen?

Die Bewertung, welche Risiken einzelne Investoren für tragfähig halten, fällt in die Verantwortlichkeit der Geschäftsleitung der Unternehmen. Investoren sollten daher nur Risiken tragen, die sie auch selbst einschätzen können. Bei ihrer aufsichtlichen Tätigkeit achtet die BaFin insbesondere darauf, dass die beaufsichtigten Institute interne Fehlentwicklungen und überhöhte Risiken aufdecken und diesen zeitnah begegnen. Soweit die BaFin Kenntnisse von Risiken bei den beaufsichtigten Instituten – z. B. infolge von Hinweisen des IWF – erhält, geht sie diesen risikoorientiert nach. Unter anderem richten sich hiernach die Informationsanforderungen sowie die Zahl der Aufsichtsgespräche und Prüfungen.

3. Haben die BaFin und das Bundesministerium der Finanzen die in der Einleitung zu der Begründung der Kleinen Anfrage wiedergegebene Bewertung des IWF im Global Financial Stability Report, April 2007, zum damaligen Zeitpunkt geteilt?

Der zusammenfassenden Einschätzung des IWF, dass sich im U.S. Subprime Segment Zeichen für eine Verschlechterung der Kreditqualität häuften und dadurch eine grundsätzliche Gefahr bestand, dass sich dies auf andere Märkte – insbesondere strukturierte Kreditverbriefungen – auswirken könnte, war zum damaligen Zeitpunkt nicht zu widersprechen. Nachdem die Negativentwicklungen bei mehreren US-amerikanischen Hypothekenfinanzierern die Frage aufwarfen, ob dadurch die Finanzmarktstabilität beeinträchtigt werden könnte, führte die Bankenaufsicht schon im März 2007 eine Bankenumfrage durch, um etwaige Auswirkungen auf die deutsche Kreditwirtschaft feststellen können. Zum damaligen Zeitpunkt waren konkrete Risiken für den deutschen Finanzplatz nicht abzusehen.

4. Welche Informationen über das Engagement deutscher Investoren in relativ riskanteren Segmenten von „Collateralized Debt Obligations“ hatten das Bundesministerium der Finanzen und die BaFin im April 2007 und in den Folgemonaten?

   Wie haben sich diese Informationen auf die Prüfungspraxis der Bundesbank bzw. der BaFin ausgewirkt?

Neben der oben erwähnten Umfrage hat die BaFin eine Analyse der Lage der Versicherungsunternehmen durchgeführt. Zum ersten Quartal 2007 waren die deutschen Versicherer direkt und indirekt über Fonds lediglich in Höhe von 1,8 Prozent ihrer gesamten Kapitalanlagen in ABS investiert. Auch in Bezug auf in Deutschland aufgelegte Fonds können derzeit keine signifikanten negativen Tendenzen beobachtet werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333